



Presseschau vom 03.04.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

de.sputniknews.com: Lettland verbietet Schulbildung auf Russisch – Russlands Botschaft reagiert.

Der lettische Präsident Raimonds Vējonis hat ein Gesetz unterzeichnet, das in den Schulen für nationale Minderheiten die Verwendung der Muttersprache sehr strikt begrenzt. Die russische Botschaft in Riga hat diese Entscheidung als „bedauerlich“ bezeichnet.

Laut dem Gesetz muss die Vorschulbildung bilingual werden. Vom ersten bis zum sechsten Schuljahr bleibt die Möglichkeit einer zweisprachigen Ausbildung. Bis zur neunten Klasse müssen auf Lettisch 80 Prozent der Fächer, vom zehnten bis zum zwölften Schuljahr bereits alle unterrichtet werden.

Die Verwendung der Muttersprache wird auf Fächer begrenzt, die mit der Identität und Kultur der nationalen Minderheit verbunden sind. Die Übergangsperiode soll von 2019 bis 2021 dauern.

Das Gesetz widerspricht der Resolution zum Schutz der Sprachen nationaler Minderheiten in Europa, die die Parlamentsversammlung des Europa-Rats im Januar verabschiedet hat. Laut Pace sollen die Minderheiten die Möglichkeit haben, während der gesamten Lern- und Ausbildungsperiode – vom Kindergarten bis zur Hochschule – in ihrer Muttersprache zu lernen.

Vom Gesetz ist vor allem die russischsprachige Bevölkerung betroffen. Diese Sprache sprechen in Lettland 40 Prozent der Einwohner.

Russlands Botschaft kommentierte das Gesetz auf Facebook. Man beobachte „mit Bitterkeit“, dass es der russischen Minderheit, die mit der Gewährung ihres Rechtes auf Ausbildung in der

Muttersprache gerechnet habe, nicht gelungen sei, „von der Staatsführung gehört zu werden“. „Eine offensichtliche und bedauerliche Tatsache: Es wurden nicht nur Interessen eines bedeutenden Teils der Bevölkerung von Lettland, sondern auch internationale Gesetze zum Schutz der Minderheitenrechte ignoriert“, hieß es.

Dnr-online.ru: Mitteilung der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess:

19:25 Uhr – es wurde ein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Dsershinsk auf **Gorlowka (Bergwerk 6/7)** mit Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen festgestellt. Für 20:00 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

20:15 Uhr – es wurde ein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Gnutowo in Richtung **Kominternowo** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen festgestellt. Für 20:45 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

0:30 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Gnutowo auf **Kominternowo** und aus Richtung Schirokino auf **Sachanka** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet.

Vormittags:

de.sputniknews.com: Schiff gekapert: Russische Marine macht gegen ukrainischen Grenzschutz mobil.

Nach dem Aufbringen eines russischen Fischkutters im Asowschen Meer ist die russische Kriegsmarine nach Sputnik-Angaben bereit, Schiffe in die Region zu entsenden, um die Sicherheit der Schifffahrt zu gewährleisten.

Die russische Schwarzmeerflotte sei bereit, mit Patrouillen zu beginnen, teilte ein Sprecher der Sicherheitskreise auf der Krim am Dienstag im Sputnik-Gespräch mit.

„Mit ihrem aggressiven Vorgehen im internationalen Gewässer gefährden die ukrainischen Küstenschützer nicht nur die russischen Schiffe, sondern stellen eine regelrechte Staatspiraterie dar“, hieß es.

Die Schwarzmeerflotte warte nur auf den Befehl, um Schiffe ins östliche Schwarzmeer und ins Asowsche Meer zu entsenden und für eine sichere Schifffahrt zu sorgen.

Der ukrainische Grenzschutz hat in der vergangenen Woche im Asowschen Meer den russischen Fischkutter „Nord“ aufgebracht und nach Berdjansk verschleppt. Die zehnköpfige Besatzung wurde festgesetzt. Wie der Kapitän mitteilte, stellen die ukrainischen Behörden den Matrosen Freiheit in Aussicht, sollten sie sich zur ukrainischen Staatsbürgerschaft bekennen.

Der Kutter mit Heimathafen auf der Krim soll die ukrainische Seegrenze verletzt haben.

Moskau fordert eine sofortige Freilassung des Schiffes und der Besatzung.

Die Krim war im März 2014 – nach gut zwei Jahrzehnten in der unabhängigen Ukraine – wieder Russland beigetreten, nachdem die Bevölkerung der Schwarzmeerhalbinsel in einem Referendum mehrheitlich dafür gestimmt hatte. Rund einen Monat davor war es in der ukrainischen Hauptstadt Kiew zu einem nationalistischen Umsturz gekommen. Die Regierung in Kiew betrachtet die Krim weiterhin als ihr eigenes Hoheitsgebiet und setzt die dortige Bevölkerung mit Sanktionen und Blockaden unter Druck.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32016/86/320168689.jpg>

Mil-Inr.info: In den letzten 24 Stunden wurde **kein Beschuss** festgestellt.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 14.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Isowtow-Bergwerk), Donezker Flughafen (Shabitschewo), Volvo-Zentrum, Spartak), Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 98. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 149.

Um 00:01 Uhr (Moskauer Zeit) am 30. März 2018 trat gemäß der von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung – der „Oster“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: „Normandie“-Gipfel zu Donbass ohne Russland? Kreml hat „nichts davon gehört“.

Das nächste Gipfeltreffen Deutschlands, Frankreichs und der Ukraine zur Stationierung von UN-Friedenstruppen im Donbass könnte im Mai in der deutschen Stadt Aachen stattfinden, wie die russische Zeitung „Kommersant“ unter Berufung auf informierte Quellen in Kiew berichtet.

Als Hauptthemen des dreiseitigen Gipfeltreffens gelten demnach die Situation im Südosten der Ukraine und die Möglichkeit der Stationierung von UN-Blauhelmen im Donbass. Eine der Administration des ukrainischen Präsidenten nahestehende Quelle teilte gegenüber dem russischen Blatt mit, dass „die Vorbereitungsarbeit“ auf das dreiseitige Treffen in Aachen im Laufe des Berlin-Besuchs des ukrainischen Staatschefs Petro Poroschenko am 10. April und seiner Verhandlungen mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel erfolgen solle.

Der außenpolitische Berater des russischen Präsidenten, Juri Uschakow, kommentierte diese Informationen so: „Ich habe nichts davon gehört. Ich habe nur Mitteilungen gesehen.“

Zuvor hatte der russische Präsident, Wladimir Putin, vorgeschlagen, UN-Friedenstruppen im

Donbass zum Schutz der OSZE-Beobachter an der Trennlinie zwischen den Volksrepubliken und den von der Ukraine kontrollierten Territorien zu stationieren.

Kiew besteht hingegen darauf, dass die UN-Friedenstuppen auf dem ganzen Territorium der Ukraine und im Donbass bis hin zur russischen Grenze agieren sollen.

**Dnr-online.ru: Mitteilung der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Vormittag:
10:05 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Wodjanojwe auf Kominternowo mit Schusswaffen eröffnet, es erfolgt auch Scharfschützenfeuer.**

de.sputniknews.com: Giftaffäre: Dieser Brief könnte den Spieß umdrehen – Politologe. Russland hat der Organisation für ein Verbot der Chemiewaffen (OPCW) einen Brief mit 13 Fragen zum „Fall Skripal“ geschickt. Nach der Attacke des Westens auf Russland sieht der Politikwissenschaftler Dmitri Solonnikow nun Chancen für eine erfolgreichere Gegenattacke Russlands.

Moskau hatte laut einer Mitteilung des russischen Außenministeriums der OPCW eine Liste mit 13 Fragen zum „Fall Skripal“ geschickt. Insbesondere interessiert das Außenministerium, welche Informationen London dem technischen Sekretariat dieser Organisation übergebe, aber ebenso, ob die OPCW über den Fortgang der nationalen Ermittlungen zu dem Vorfall informiert werde.

Auch will Moskau erfahren, ob das technische Sekretariat beabsichtige, mit dem Exekutivkomitee der Organisation, in dem auch Russland vertreten sei, die von der britischen Seite erhaltene Information zu teilen. Die russische Seite hat zudem um Erläuterungen gebeten, welche Experten zum Ort des Geschehens geschickt wurden und in welchen Laboratorien die entnommenen Proben analysiert werden, aber auch, ob die Vorgehensweise bei der Probenentnahme den grundlegenden Prinzipien der Organisation entsprochen habe. Wie der Direktor des Instituts für moderne Staatenentwicklung, Dmitri Solonnikow, im Gespräch mit Sputnik sagte, wird der Westen nun genötigt sein, auf Russlands Standpunkt zu reagieren.

„Wir sehen, dass allmählich alternative Standpunkte auftauchen: so die Äußerungen mehrerer europäischer Politiker, aber auch Expertenmeinungen. Und je mehr Russland diplomatisch aktiv wird, desto mehr Veranlassung gibt es, dass diese Meinungen das Auditorium erreichen und allmählich die allgemeine Stimmung ändern werden“, erklärte Solonnikow.

Doch die von der russischen Seite an die OPCW gerichteten Fragen würden auch dazu beitragen, dass die alternative Sichtweise doch triumphieren werde, meint der Politikwissenschaftler. Denn die Fragen seien gleichzeitig an London und auch an Paris gerichtet worden. Russland werde seinen Standpunkt allmählich voranbringen, und letztendlich werde man darauf reagieren müssen. Die Reaktion auf den russischen Standpunkt werde bereits eine ernsthafte Veränderung der Situation darstellen.

„Aber je mehr Instanzen an diesem Prozess teilnehmen werden, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit sein, dass irgendwo die Attacke gegen Russland durchbrochen wird, und unsere Gegenattacke wird ein ernsthafteres Ergebnis bringen“, so Solonnikow.

Der frühere russisch-britische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia waren am 4. März im britischen Salisbury bewusstlos aufgefunden worden. Von wem und unter welchen Umständen sie wirklich vergiftet wurden, ist unklar. Die britische Seite behauptet, dass in die Vergiftung der Skripals mit dem Stoff A-234 der russische Staat verwickelt sei. Russland weist diesen Vorwurf von sich und fordert eine unabhängige Aufklärung.

In der vergangenen Woche hatten mehrere Länder der Europäischen Union, ebenso die USA, Kanada, Norwegen und die Ukraine sowie andere Länder beschlossen, im Zusammenhang mit dem Vorfall in Salisbury russische Diplomaten auszuweisen. Moskau reagierte mit ähnlichen Maßnahmen.

Nachmittags:

Lug-info.com: Der Wiederaufbau der Kohlebranche der LVR ist ein Unterpfand für die Entwicklung der Ökonomie der Republik.

Dies erklärte heute das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik während einer Diskussion mit dem Arbeitskollektiv des Unternehmens „Swerdlowskantrazit“ über den Entwurf des Fünfjahresplans für die sozialökonomische Entwicklung des Republik.

Er erinnerte daran, dass das Hauptziel des auszuarbeitenden Programms „die Erhöhung des Lebensstandards aller Einwohner der Republik, aller Bevölkerungsschichten ist: Arbeiter, Lehrer, Ärzte usw.“.

„Der grundlegende Weg zur Lösung dieses Problems ist aus meiner Sicht – und Sie werden mir da zustimmen – der Wiederaufbau, die Entwicklung unserer Ökonomie. Dies ist die grundlegende Aufgabe. Und in diesem Bereich ist die grundlegende Branche bei uns der Kohleindustrie. Deshalb sind Ihre Meinungen, Ihre Vorschläge für mich äußerst wichtig, ich will sie hören, ich will sie begreifen, ich will, dass wir einander verstehen. Ich verspreche Ihnen, dass alle von Ihnen gemachten Vorschläge berücksichtigt werden und in das Programm aufgenommen“, sagte Pasetschnik.

Er unterstrich, dass eine zweite wichtige Komponente des auszuarbeitenden Programms die Integration mit der RF ist und eine dritte der Kampf gegen die Korruption.

„Wir erwarten Vorschläge, die uns allen nutzen, den Swerdlowskern und der Republik im Ganzen. Wir geben ehrlich zu, dass die Probleme, die wir gemeinsam lösen wollen, bei uns nicht plötzlich aufgekommen sind, nicht vor einem oder zwei Jahren, sie haben sich über Jahrzehnte angesammelt. Wir haben keine Zeit uns mit Populismus zu befassen, wir haben die einmalige Möglichkeit überlegt Entscheidungen zu treffen, die richtigen Prioritäten zu setzen“, fügte der Bürgermeister von Swerdlowsk und des Bezirks Swerdlowsk Andrej Suchatschew hinzu.

Während der Diskussion brachten die Bergleute eine Reihe Vorschläge für den Programmentwurf vor, darunter einen Vorschlag für eine Rentenreform, damit die Rente abhängig von den Arbeitsjahren berechnet wird, für die Reparatur von Straßen, die Erhöhung der Löhne in Abhängigkeit von der Arbeit, Auszahlung der Löhne zweimal im Monat, Schaffung eines einheitlichen Zollraums zwischen der LVR und der DVR.

Der Vorsitzende der Swerdlowsker Gewerkschaftsorganisation, der Arbeiter der Kohleindustrie Alexandr Welerskij, unterstrich, dass solche Treffen notwendig sind.

„Bei solchen Treffen werden die Fragen aufgeworfen, die die Bürger unseres gesamten Territoriums wirklich berühren. Wir als Vertreter der Arbeiterklasse werfen alle schmerzhaften Fragen auf und erwarten deren positive Lösung“, sagte er.

Ukrinform.ua: Präsidentschaftswahl: Russische Behörde ermittelt gegen ukrainischen Innenminister Awakow.

Die russische Ermittlungsbehörde hat ein Ermittlungsverfahren gegen Innenminister der Ukraine Arsen Awakow eingeleitet.

Awakow wird vorgeworfen, die Ausübung der Wahlrechte der Russen in der Ukraine während der russischen Präsidentschaftswahl verhindert zu haben. Der Innenminister habe angeordnet, den Zugang den russischen Staatsangehörigen zu den russischen Konsulaten in Kiew, Lwow, Odessa und Charkow für die Wahlbeteiligung zu verwehren. Damit seien Verfassungsrechte der Bürger verletzt worden.

Dnr-online.ru: Der gesellschaftliche Stab für die frontnahen Gebiete bei der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ hat bisher 1700 Familien, die entlang der

Abgrenzungslinie leben, unterstützt. Dies berichtete heute auf einer Pressekonferenz in Donezk die Leiter des Stabs Jekaterina Martjanowa.

„Während der Arbeit des gesellschaftlichen Stabs wurden 1700 Familien unterstützt, die in 38 Ortschaften entlang der Abgrenzungslinie leben. Allein im Februar und März wurden etwa 27 Tonnen humanitäre Güter in die frontnahen Gebiete geliefert, darunter Lebensmittel, Medikamente, Baumaterialien, Kinderkleidung, Haushaltchemie. Was die Versorgung mit Haushaltskohle betrifft, so wurden den Einwohnern von Staromichajlowka und Oserjanowka im März 33 Tonnen übergeben. Vier weitere Ortschaften werden nun dank der Beschaffung einer Pumpe mit Trinkwasser versorgt“, teilte Jekaterina Martjanowa mit.

Nach ihren Worten nehmen die Mitarbeiter von Unternehmen, die unter äußere Leitung gestellt wurden, die Streitkräfte der DVR und einfach nicht gleichgültige Bürger an der Sammlung der Hilfe teil. Der gesellschaftliche Stab arbeitet eng mit den Organen der ausführenden Staatsmacht zusammen.

„Mit Unterstützung des Gesundheitsministeriums besuchen weiter medizinische Brigaden und mobile Apotheken die Ortschaften. Die Ärzte haben bereits mehr als 1000 Menschen untersucht. Auch die Sprechstunden von Abgeordneten vor Ort gehen weiter. Während der Zeit der Arbeit des Stabes wurden 35 Sprechstunden durchgeführt, an denen sich mehr als 250 Einwohner der frontnahen Gebiete beteiligten. Die größte Zahl der Fragen betraf den Wiederaufbau zerstörten Wohnraums, die kommunalen Dienstleistungen, Verkehrsverbindungen, medizinische Versorgung“, sagte die Leiterin des Stabes.

Um möglichst effektiv und operativ auf Anfragen von Bürger reagieren zu können, wurden im März vom gesellschaftlichen Stab Runde Tische und Arbeitszeitungen mit den Fachministerien durchgeführt. Bei diesen Treffen wurde ein Plan zur sozialen Unterstützung der Einwohner der frontnahen Gebiete ausgearbeitet, insbesondere wurde die Frage der Erreichbarkeit von medizinischer Notfallhilfe in Staromichajlowka gelöst.

Zum Abschluss teilte Jekaterina Martjanowa mit, dass heute etwa 60.000 Menschen in den Ortschaften an der Frontlinie leben, die angesichts der schwierigen Lage Hilfe so dringend wie niemand sonst brauchen.

de.sputniknews.com: Flugzeugriese vor dem Aus? Experte: „Antonow hat keine Chancen mehr“.

Nach dem Bruch mit Russland fristet der ukrainische Konzern Antonow (Antonov) laut seinem ehemaligen Vize-Chefkonstrukteur Anatoli Wownjanjko ein kümmerliches Dasein. Politikexperte Alexander Dudtschak erklärt, warum der traditionsreiche Kiewer Flugzeugbauer kaum noch gerettet werden kann.

Vor drei Jahren hatte Antonow, weltweit bekannt durch die gigantischen Frachter An-124 und An-225, sämtliche Verbindungen zu den Kunden und Partnern in Russland gekappt und musste selbst die Produktion einstellen. 2017 wurde das 1946 gegründete Unternehmen de-jure liquidiert und vom Rüstungskonzern Ukroboronprom übernommen.

Ende März dieses Jahres veröffentlichte der frühere Stellvertreter des Antonow-Chefkonstrukteurs, Anatoli Wownjanjko, einen Artikel, in dem er die jetzigen Zustände in dem Betrieb beschreibt. In seinem Beitrag mit dem Titel „Wie Antonow stirbt“ geißelt Wownjanjko insbesondere die Personalpolitik der letzten Jahre.

„Seit 2015 wird die Leitung mit Managern besetzt, die keinerlei Bezug zur Luftfahrt haben. Das Einzige, wo sie erfolgreich sind, ist Selbst-PR“, schrieb Wownjanjko. Den Stand der ukrainischen Flugzeugbauindustrie bezeichnet er als eine „Katastrophe“.

Auch Politikologe Alexander Dudtschak sieht kaum Chancen, dass das weltweit bekannte Unternehmen gerettet wird.

„Das Schlimmste ist, dass die Tradition verlorenght und die Erfahrungen nicht mehr von Generation zu Generation weitergegeben werden. Konstrukteure wandern aus: nach Russland, nach China, nach Europa“, sagte Dudtschak im Gespräch mit Sputnik. Das habe nach dem

Maidan-Putsch begonnen und dauere schon vier Jahre.

„Vor dem Maidan hatte die Ukraine nämlich sehr vielversprechende Verträge mit Russland geschlossen, unter anderem einigte man sich auf den Bau von Dutzenden Flugzeugen. Die neue Regierung in Kiew hat diese Pläne durchkreuzt“, so Dudtschak weiter.

„Wenn ein Unternehmen keine Flugzeuge mehr baut, und nicht einmal aus den noch vorhandenen Teilen, so hat es keine Chancen mehr.“ Die neuen Aufträge, die die ukrainische Regierung herbeisehne, seien nichts weiter als Worte. „Denn die Kunden würden wohl einsehen, dass die Ukraine keine Flugzeuge im Alleingang bauen kann – ohne Kooperation mit Russland.“

Wenn man das alles sofort stoppen könnte, könnte die Zerstörung des Unternehmens theoretisch noch verhindert werden. „Doch bei der jetzigen Politik hat Antonow keine Chancen mehr“, resümierte der Experte.

Nach dem Umsturz in der Ukraine 2014 hatte die neue, prowestliche Regierung in Kiew sämtliche Industrie- und Handelsbeziehungen mit dem damals noch wichtigsten Handelspartner Russland kappen lassen, um sich der EU zuzuwenden.

Zwei Jahre später legte der Konzern Antonow, einst einer der bekanntesten Flugzeugbauer der Sowjetunion, die Produktion still. Topmanager Andrej Chaustow erklärte den Produktionsstopp mit dem Fehlen russischer Bauteile. Ende 2016 beantragte Antonow bei der Regierung in Kiew Subventionen in Höhe von 703,2 Millionen US-Dollar, um die eigenen Produktionskapazitäten zu sanieren und die russischen Zulieferteile zu ersetzen.

Mitte 2017 beschloss die ukrainische Regierung die Auflösung des Antonow-Konzerns und seine Übernahme durch den staatlichen Rüstungskonzern Ukroboronprom.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31731/62/317316296.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

Trotz des geltenden Waffenstillstands haben die ukrainischen Kämpfer weiter friedliche Ortschaften unserer Republik beschossen und das Leben und die Gesundheit der Bürger in Gefahr gebracht.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte in **Richtung Donezk** die Gebiete von **vier Ortschaften** beschossen, der Feind hat mit 82mm-Mörsern und Schützenpanzern geschossen und außerdem Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt.

In **Richtung Gorlowka** wurde das Gebiet des **Isotow-Bergwerks** von Seiten der Kämpfer mit Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** hat der Feind **Kominternowo, Sachanka und Leninskoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt haben die ukrainischen Banden **in den letzten 24 Stunden 14-mal das Regime**

der Feueereinstellung verletzt.

Vierzehnmals hat die Vertretung der DVR im GZKK ein Regime der Ruhe angefragt. Während der Verhandlungen mit den Vertretern der Ukraine im Gemeinsamen Zentrum ist es nur in sieben Fällen gelungen, ein Regime der Feueereinstellung zu erreichen.

Ein Verteidiger unserer Republik starb durch Scharfschützenfeuer, als er der Zivilbevölkerung in Kominternowo half.

Gestern Abend haben unsere Einheiten in Richtung Mariupol **eine weitere Drohne der Besatzer**, mit der Aufklärung im Gebiet von Sachanka betrieben wurde, **abgeschossen**. Heute stellen wir sie Ihnen vor.

Nach Angaben unserer Aufklärung gehört diese Drohne den Kämpfern der Bande „Asow“. Wie wir sehen, unterstützen diese Nazisten nicht nur die Idee des Hitlerreiches, sondern propagieren sie auch in jeglicher Art, was man aufgrund der an der Hülle der Drohnen angebrachten Erkennungszeichen der Wehrmacht sagen kann.

Ich erinnere daran, dass dies eine reguläre Einheit der Nationalgarde der Ukraine ist, einer staatlichen Struktur, wobei sie in vielen Ländern der Welt als terroristisch eingestuft ist.

In der heutigen Ukraine ist der Neonazismus die Hauptrichtung der Entwicklung des Landes und der offiziellen Staatsideologie, die in den Schulen, in der Armee und allen staatlichen Einrichtungen unterrichtet wird. Viele westliche Länder unterstützen und fördern die ukrainischen Banden, darunter auch solche wie „Asow“, offen.

Faktisch ziehen die westlichen Verbündeten der Ukraine jetzt in ihrem Schoß eine neue braue Pest heran, unter der sie selber leiden, wenn die großen Ukryys einen Teil Polens, Rumäniens und oder Bulgariens als ihre historischen Territorien erklären und ihre „gewöhnlichen Waffen“ stationieren werden, deren Zahl bereits jetzt die in internationalen Vereinbarungen festgelegte um ein Mehrfaches übersteigt.

Nach Angaben unserer Aufklärung arbeiten in der „ATO“-Zone im Zeitraum **vom 1. bis 8. April Vertreter ukrainischer und westlicher Massenmedien**. Die Arbeit der Journalisten leitet der Chef des Stabes der „ATO“ General A.T. Kowaltschuk unmittelbar. Sie haben über ihre Mittelsmänner, die die Journalisten streng kontrollieren, **die Aufgabe erhalten, Fake- und inszenierte Videomaterialien zu erstellen**. Dafür ist in den Einheiten der 36. und 30. Brigade provokativer Beschuss unserer und der eigenen Positionen geplant. Außerdem planen die ukrainischen Militärs zusammen mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine einen Verkehrsunfall zu verursachen, in den eins der Filmteams verwickelt ist, und dann die Betroffenen zu überreden, den Unfall als Folge eines Beschusses von Seiten des Gegners auszugeben.

Nach unseren Informationen, gemäß aus dem SBU erhaltenen Dokumenten, wird die Provokation in der Nähe der Kontaktlinie gegen Journalisten erfolgen, die in folgenden Fahrzeugen fahren: „Daewoo Nexia“ Kennzeichen AA 1054 MT; „Ford Mondeo“ Kennzeichen AN 4855 NA; „Sens“ Kennzeichen WW 1066 SO sowie andere Fahrzeuge. Und zum Abschluss wende ich mich an die ukrainische Regierung. Ich rufe dazu auf, gegenüber ukrainischen Kämpfern Ermittlungsmaßnahmen aufgrund der Entführung des Soldaten der Streitkräfte der DVR A. A. Tkatschenko, der Anwendung von Folter ihm gegenüber und der anschließenden Hinrichtung aufzunehmen. Uns ist bekannt, dass der Zweck der Entführung des Soldaten eine weitere Provokation der ukrainischen Truppen gegen die Republiken im Vorfeld von Minsk war. Aber der Soldat Tkatschenko weigerte sich sein Vaterland zu verraten und mit den ukrainischen Spezialdiensten zusammenzuarbeiten, deswegen wurde er brutal ermordet und seine Leiche verbrannt.

Wir drücken unser Beileid gegenüber den Verwandten des getöteten Soldaten aus!

Die Brutalität der ukrainischen Terroristen kennt keine Grenze. Um Haushaltsmittel sowie Sponsorengelder von westlichen Schutzherren zu erhalten, betreiben die ukrainischen Spezialdienste und Kämpfer der militarisierten terroristischen Organisationen offene Fälschungen. Sie entführen Menschen, foltern sie, erniedrigen sie, zwingen sie zu sagen, sie

hätten sich freiwillig ergeben und beseitigen sie dann. Darin liegt das Wesen der zum Scheitern verurteilten und ineffektiven Programme, die auf den Verrat des Vaterlands gerichtet sind.

Wo sind zum Beispiel jetzt alle Gefangenen, die das Programm des SBU „Verrate Dein Haus“ gelobt haben? Keiner von ihnen hat jetzt ein besseres Los. Im Einzelnen sind drei von ihnen vermisst, zwei von ihnen sind von Nazisten auf der Straße zum Krüppel geschlagen worden, vier haben eine Haftstrafe erhalten und sitzen ihre Strafe angeblich aus anderen Gründen ab. Die übrigen acht sind, wie sich erwies, Schauspieler, die vom SBU für Vorstellungen vor der Kamera angeheuert wurden. Aber noch buchstäblich gestern haben uns diese unglücklichen Menschen, die in die Falle der ukrainischen Spezialdienste geraten sind, erzählt, wie ehrenvoll es ist seine Heimat zu verraten, um in erniedrigender Weise die Verzeihung der Oligarchenregierung in Kiew zu erhalten. Leider „verfault“ die Mehrheit dieser Menschen als von den ukrainischen Spezialdiensten verbrauchtes Material jetzt irgendwo in den Weiten der unabhängigen Ukraine.

Im Zusammenhang damit wenden wir uns an die Bürger unserer Republik, seien Sie vorsichtig, fallen Sie nicht auf die Winkelzüge der ukrainischen Straftruppen herein! Sonst werden sie zu Tode gefoltert oder nach zahlreichen Erniedrigungen zu Verrat und Betrug gezwungen!

de.sputniknews.com: Moskau: Nato überschreitet die „rote Linie“.

Die Erklärungen der Nato über Dialogbereitschaft, wobei zugleich russische Diplomaten ausgewiesen werden, betrachtet Moskau als ein absurdes Theater, wie am Dienstag Russlands Vize-Außenminister Alexander Gruschko erklärte.

Er hob hervor, dass die Handlungen der Allianz zur Ausweisung von Mitarbeitern der ständigen Vertretung Russlands „bereits jenen zahllosen Erklärungen widersprechen“, die der Generalsekretär und andere Vertreter der Nato abgegeben haben, worin es hieß, dass die Organisation am politischen Dialog mit Russland, an der Verhinderung gefährlicher militärischer Zwischenfälle und an der Einberufung einer Sitzung des Russland-Nato-Rates interessiert sei.

„Das ist ein absurdes Theater“, stellte Gruschko fest. Zudem habe der Westen in seinem Militäraufbau an Russlands Grenzen „die rote Linie“ überschritten.

„Die Nato-Länder versuchen, eine gewisse Balance zwischen Verteidigung und Dialog zu finden. Doch sie haben die rote Linie überschritten. Die Situation entlang unserer Grenzen hat sich heute ernsthaft verändert, und faktisch greift die Nato nicht nur in der Politik, sondern auch in der Sphäre ihres Militäraufbaus zu Schemata des Kalten Krieges, die in der Vergangenheit bleiben sollten und die die Sicherheit heute nicht gewährleisten können“, stellte Gruschko bei einem Pressegespräch am Rande des Diskussionsklubs „Valdai“ fest. Der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hatte zuvor mitgeteilt, dass in der Reaktion auf den „Fall Skripal“ sieben Mitarbeitern der russischen ständigen Vertretung bei der Allianz die Akkreditierung aberkannt und weiteren drei Personen die Akkreditierung verweigert werde. Somit sinke die Zahl der Mitarbeiter der russischen Vertretung bis auf 20 Personen.

Wie eine Quelle im russischen Außenministerium erklärte, werde Moskau unbedingt auf die Reduzierung der Zahl seiner Mitarbeiter der ständigen Vertretung Russlands bei der Nato reagieren. Ihm zufolge „schmälert dieser Schritt der Nato stark die Möglichkeiten für die Aufnahme eines solchen Dialogs (zwischen Moskau und der Allianz – Anm. d. Red.), der unter der gegenwärtigen komplizierten Sicherheitslage in Europa jetzt so akut notwendig ist“. Zuvor hatten 16 EU-Länder und ebenso die USA, Kanada, Norwegen, die Ukraine und mehrere andere Länder im Zusammenhang mit dem Vorfall im britischen Salisbury die Ausweisung russischer Diplomaten verkündet. Die Behörden der USA haben insbesondere 48 russische Diplomaten und 12 Mitarbeiter der Mission Russlands bei der Uno ausgewiesen und schließen zudem das russische Generalkonsulat in Seattle.

Der frühere russisch-britische Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia waren am 4. März in Salisbury bewusstlos aufgefunden worden. Von wem und unter welchen Umständen sie wirklich vergiftet wurden, ist unklar. Die britische Seite behauptet, dass in die Vergiftung der Skripals mit dem Stoff A-234 der russische Staat verwickelt sei. Russland weist diesen Vorwurf entschieden von sich und fordert eine unabhängige Aufklärung.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32017/67/320176718.jpg>

de.sputniknews.com: Chinas Minister erläutert Ziele seiner Moskau-Visite: USA sollten davon wissen.

Eine Delegation Chinas ist zur 7. Sicherheitskonferenz nach Moskau gekommen, um die mit Russland übereinstimmende Position zu internationalen Fragen zum Ausdruck zu bringen, sagte der Verteidigungsminister Chinas, Generaloberst Wei Fenghe, bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen, Armeegeneral Sergej Schoigu.

Laut Fenghe ist das sein erster Auslandsbesuch als Verteidigungsminister, der mit dem Vorsitzenden der VR China, Xi Jinping, abgestimmt wurde.

„Als neuer Verteidigungsminister Chinas stattete ich Russland einen Besuch ab, um der ganzen Welt den hohen Entwicklungsstand unserer bilateralen Beziehungen und die feste Entschlossenheit unserer Streitkräfte, das strategische Zusammenwirken zu festigen, vor Augen zu führen“, sagte der chinesische Minister.

Ein weiteres Ziel der Visite sei, „die russische Seite bei der Veranstaltung der Moskauer internationalen Sicherheitskonferenz zu unterstützen. Die chinesische Seite ist gekommen, um die Amerikaner von den engen Verbindungen zwischen den Streitkräften Chinas und Russlands wissen zu lassen“, so Fenghe.

Ihm zufolge ist die chinesische Seite bereit, in internationalen Diskussionsräumen die mit der russischen Seite übereinstimmende Besorgnis und die einheitliche Position zu einer wichtigen internationalen Problematik zu äußern.

Indessen sagte der amtliche Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Geng Shuang, dass alle interessierten Seiten baldmöglichst die Wahrheit im Fall Skripal ermitteln müssten.

„China ist der Auffassung, dass die Seiten auf eine Denkweise aus Zeiten des Kalten Krieges und auf Konfrontation verzichten und mit vereinten Kräften den internationalen Frieden und die Sicherheit fördern müssen“, so Geng Shuang.

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich stabilisiert. In den letzten 24 Stunden wurde **kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Truppen registriert.

Von uns wurde festgestellt, dass im Zusammenhang mit den sich in der letzten Zeit häufenden Diebstählen von Waffen und Munition in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone in der 54. mechanisierten Brigade am 1. April eine Kommission der Raketenartillerieabteilung des Stabes der operativ-taktischen Gruppen „Lugansk“ eingetroffen ist.

Wie später bekannt wurde, sind gestern in derselben Brigade Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine und der Militärstaatsanwaltschaft eingetroffen.

Wir erhalten weiter Informationen über das niedrige moralisch-psychische Niveau der Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte.

Trotz der in der letzten Woche durchgeführten Rotationsmaßnahmen sind in den Einheiten der 53. mechanisierten Brigade Fälle von Alkoholenuss und daraus folgend von grober Verletzung der militärischen Disziplin, von Rechtsverletzungen und Selbstmorden festzustellen.

So haben am 31. März zwei ukrainische Strafsoldaten aus der o.g. Brigade, die sich im Dienst befanden, eigenmächtig den Stationierungsort des Truppenteils verlassen und ihre Waffen, Maschinengewehre AK-74 mit vollem Munitionssatz, mitgenommen.

In der Brigade wird eine interne Untersuchung durchgeführt, ein Bericht an den übergeordneten Stab ist nicht erfolgt.

Die Menge der nicht kampfbedingten Verluste in den Einheiten der ukrainischen Kämpfer in der „ATO“-Zone nimmt mit jedem Tag zu. Am 1. April starb ein Soldat bei Schießübungen im 108. Bataillon der 10. Gebirgsturmbriade. Die Tragödie geschah aufgrund von qualitativ minderwertiger Vorbereitung der Übung durch die zuständigen Personen, von Nichteinhaltung von Sicherheitsmaßnahmen und dem Fehlen einer Kontrolle von Seiten des Kommandos. Es läuft eine dienstliche Überprüfung, ein Bericht an den übergeordneten Stab ist nicht erfolgt. Es ist wichtig anzumerken, dass die Übung durch westliche Instrukteure durchgeführt wurde, die gegenüber ihren Arbeitgebern berichtet haben, dass die Einheit bereits den NATO-Standards entspricht. Hier kann man den Schluss ziehen, dass die NATO-Standards für die Ukraine ein Maximum an Verlusten, darunter solche unsinnigen, bedeuten.

Die Volksmiliz der LVR lässt in ihrer Wachsamkeit nicht nach und widmet den Fragen der Sicherheit der Republik erhöhte Aufmerksamkeit. Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen streng ein, aber im Fall einer direkten Aggression von Seiten der ukrainischen Truppen ist sie bereit, entschieden zu handeln.

Frage: Die ukrainische Seite beschuldigt die Volksmiliz des Beschusses des Abschnitts zur Trennung von Kräften und Mitteln bei Staniza Luganskaja. Wie können Sie das kommentieren?

Antwort: Im Vorfeld des Treffens der Kontaktgruppe in Minsk betreibt die verbrecherische Kiewer Führung jede Art von Fälschung, um die Volksmiliz der LVR ein weiteres Mal der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen und sich so dafür zu rechtfertigen, dass die ukrainischen Streitkräfte Kräfte und Mittel am Abschnitt Nr. Staniza Luganskaja nicht abziehen. Die Ukraine braucht eine Eskalation des Konflikts im Donbass. Außerdem zeigt die Praxis, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte im Vorfeld des Verhandlungsprozesses immer verbrecherische Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilt. Deswegen erwarten wir heute weitere Provokationen.

de.sputniknews.com: Ost-Ghuta: Terroristen-Tunnelnetz samt unterirdischem Krankenhaus entdeckt

Syrische Regierungskräfte haben ein ausgedehntes Tunnel-Netzwerk in Ost-Ghuta entdeckt, das von fliehenden Terroristen zurückgelassen worden sein soll.

Einer der Tunnel verbindet laut der syrischen Nachrichtenagentur Sana zwei unterirdische Feldlazarette, die voller gestohlener medizinischer Geräte und Medikamente seien. Der Tunnel erstreckte sich über eine Länge von mehr als 400 Metern unter der Ortschaft Erbin.

Unter den medizinischen Geräten in den unterirdischen Krankenhäusern sei unter anderem ein Computer- sowie ein Magnetresonanztomograf gefunden worden.

Einige dieser Geräte seien aus Krankenhäusern gestohlen worden. Andere stammen wiederum aus saudischer Produktion, schreibt Sana unter Berufung auf einen informierten Feldkommandeur.

Die syrische Armee habe außerdem einen kilometerlangen Tunnel in Ein Tarma, einem Vorort von Damaskus, entdeckt. Er sei von Terroristen genutzt worden, um sich an die Stellungen der Regierungskräfte heranzuschleichen.

Das syrische Militär hat seit dem Beginn der Operation „Damaszener Stahl“ im Februar die Kontrolle über etwa 90 Prozent der Islamisten-Hochburg Ost-Ghuta wiedererlangt. Die Region hatte sich seit 2012 unter der Kontrolle der Terroristen befunden.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/0HB3rYH7VkM" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/0HB3rYH7VkM>

de.sputniknews.com: Nach Schiffsarrest: Schwarzmeerflotte darf Waffen für Schutz einsetzen – Admiral.

Die Angehörigen der Schwarzmeerflotte werden im Rahmen ihrer Vollmachten die russische Schifffahrt im Asowschen Meer schützen – in neutralen Gewässern sind sie berechtigt, von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Dies erklärte der Befehlshaber der Baltischen Flotte, Admiral Wladimir Walujew.

So kommentierte er die Meldung, dass das Kommando der russischen Schwarzmeerflotte die Gewährleistung der sicheren Schifffahrt im Schwarzen und im Asowschen Meer erörtert, nachdem die ukrainischen Grenzer den russischen Fischkutter „Nord“ aufgebracht hatten.

„Das ist eine ungesunde Idee der Behörden der Ukraine, die mit allen zugänglichen Methoden bekämpft werden muss“, sagte Admiral Walujew im Gespräch mit Sputnik.

Er erinnerte daran, dass es Regeln für das Befahren der neutralen Gewässer gebe und dass gemäß der internationalen Konvention alle berechtigt seien, sich dort ungehindert aufzuhalten, wenn sie nicht die Hoheitsgewässer verletzen.

Aber laut dem General kommt es zuweilen vor, dass sich ein Land eigene Regeln ausdenkt.

„Die Ausdehnung der Hoheitsgewässer muss so sein, dass sie der Staat schützen kann. Es gibt eine Drei- und einen Zwölf-Meilen-Zone. Zum Beispiel in Somalia, wo es seinerzeit ein paar Boote gab, hatte man eine 200 Meilen breite Hoheitszone verkündet. Verteidigen könne man sie nicht, habe sie aber erklärt“, erläuterte der Sputnik-Gesprächspartner.

Er vermutet, dass die Kiewer Behörden „garstig zu handeln und sich dem gesunden Menschenverstand und den internationalen Regeln zuwider etwas Eigenes auszudenken beginnen“, weshalb sie auch das russische Schiff in neutralen Gewässern aufgebracht hätten. Wie Admiral Walujew ergänzte, dürfen sich die zivilen Schiffe in internationalen Gewässern in der Begleitung von Kriegsschiffen befinden.

„Insofern ein ziviles Schiff ebenso wie ein Kriegsschiff eine Exterritorialität besitzt und dementsprechend unantastbar ist, sind sie berechtigt, sich gegen Überfälle zu wehren. Ein Kriegsschiff kann die zu begleitenden Schiffe durch eine Warnung über internationale Kommunikationskanäle auf diplomatische Art und Weise, durch Warnschüsse bis hin zum Einsatz von Waffen gegen Unverfrorene schützen“, schloss der russische Admiral.

Der ukrainische Grenzschutz hatte am 26. März im Asowschen Meer den russischen Fischkutter „Nord“ aufgebracht, der angeblich die ukrainische Seegrenze verletzt haben soll, und das Schiff nach Berdjansk verschleppt. Die zehnköpfige Besatzung wurde festgesetzt.

Moskau fordert die sofortige Freilassung des Schiffes und seiner Crew.

Wie der Kapitän mitteilte, stellen die ukrainischen Behörden den Matrosen Freiheit in Aussicht, sollten sie sich zur ukrainischen Staatsbürgerschaft bekennen. Dabei merkte er an, dass dem russischen Konsul unter dem Vorwand, dass sich an Bord des Kutters keine Bürger

Russlands befänden, der Zugang zur Besatzung verwehrt werde.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32017/54/320175483.jpg>

de.sputniknews.com: Westukraine: Soldaten werfen Gläubige aus orthodoxer Kirche. Radikale aus den nationalistischen Bataillonen „Aidar“ und „Asow“, die jetzt offiziell Teil der ukrainischen Armee sind, haben die Himmelfahrtskirche im Dorf Ptitschja im westukrainischen Gebiet Riwno besetzt. Das teilte die örtliche Diözese der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats auf ihrer Webseite mit.

Am Vortag gegen Mitternacht seien Autos mit „Aidar“- und „Asow“-Kämpfern an das Gotteshaus herangefahren. „Mit ihrer Hilfe haben Kirchenspalter in wenigen Minuten Mitglieder der Gemeinde der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche unter Waffenandrohung aus dem Gebäude gejagt“, so die Mitteilung.

Nach Angaben der Diözese sind zwei Polizeiaufgebote vor Ort eingesetzt gewesen, die nur tatenlos zugeschaut hätten. Die Gemeindemitglieder würden das Handeln der Nationalisten als einen Terroranschlag einschätzen.

Radikale hatten bereits früher mehrmals versucht, die Himmelfahrtskirche einzunehmen. Mitte Dezember 2015 hatten sie gefordert, das Gotteshaus in die Jurisdiktion des Kiewer Patriarchats zu übergeben. Laut Augenzeugenberichten wurden die Gläubigen damals nicht ins Gotteshaus gelassen. Man habe sie mit Stäben und Metall-Konstruktionsteilen geprügelt, sie mit Brandflaschen beworfen und Pfefferspray in der Luft zerstäubt.

Die jüngste Inbesitznahme des Gotteshauses erfolgte genau an dem Tag, als die örtliche Kirchengemeinde erreicht hatte, dass die im Februar 2017 vom Kreisgericht von Riwno angeordnete Beschlagnahme des Hauses wieder aufgehoben worden war. Das Höchste Wirtschaftsgericht der Ukraine hatte dabei das Eigentumsrecht der Gemeinde auf das Gotteshaus bekräftigt.

Wie der Chef der Synodalabteilung für Public Relations des Moskauer Patriarchats, Wladimir Legoida, dazu äußerte, hat „der Gerichtsbeschluss, dessen Fairness außer Zweifel steht, einen weiteren Ausbruch von irrationalem Hass der Radikalen ausgelöst, die die Kirche unter Waffengewalt besetzten“.

de.sputniknews.com: Porton Down: Britische Experten konnten russische Herkunft von A234 nicht nachweisen.

Experten des britischen Chemielabors Porton Down haben die Herkunft des Nervengiftes, mit dem der russisch-britische Ex-Doppelagent Sergej Skripal vergiftet wurde, nicht nachweisen können. Das teilte Laborchef Gary Aitkenhead dem TV-Sender Sky News am Dienstag mit.

Die Proben seien allerdings als Nervengift des Typs „Nowitschok“ (A234) identifiziert worden, sagte der Laborchef weiter.

„Wir haben den genauen Ursprung nicht festgestellt. Wir haben aber die wissenschaftlichen Angaben an die Regierung weitergegeben, die dann viele andere Quellen genutzt hat, um zu entsprechenden Schlussfolgerungen zu kommen“, sagte Aitkenhead...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32017/64/320176482.jpg>

Abends:

Dnr-online.ru: Mitteilungen der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess vom Nachmittag:

12:55-13:15 Uhr – es wurde ein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Wodjanoje auf **Leninskoje** mit Schusswaffen festgestellt.

13:45 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Talakowka auf **Kominternowo** mit Schusswaffen eröffnet, es erfolgt auch Scharfschützenfeuer.

14:00 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Awdejewka auf **Jakowlewka** mit Schusswaffen eröffnet. Für 14:20 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

16:14 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Lüftungsschacht auf **Spartak** mit automatischen Granatwerfern (5 Granaten), großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet. Für 16:35 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

17:40 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Newelskoje auf **Losowoje** mit Schützenpanzern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen eröffnet. Für 18:00 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

18:20 Uhr – die ukrainischen Streitkräfte haben das Feuer aus Richtung Pawlopol auf **Sosnowskoje** eröffnet, es wurden vier Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert. Für 18:40 Uhr ist ein Regime der Ruhe angefragt.

18:45 Uhr - Die ukrainischen Streitkräfte führen das um 18:20 begonnen Feuer aus Richtung Pawlopol auf **Sosnowskoje** weiter. Bis jetzt wurden bereits 7 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

de.sputniknews.com: London gibt zu: Vorwürfe gegen Moskau im Skripal-Fall ruhten teils auf Vermutungen.

Die Vorwürfe gegen Moskau in Bezug auf die Vergiftung des Ex-Spions Sergej Skripal haben nicht ausschließlich auf Erkenntnissen des Nervengift-Labors, sondern teilweise auf Informationen der britischen Geheimdienste basiert, teilt das britische Außenministerium am

Dienstag mit.

Konkret habe man sich auf die Informationen gestützt, wonach Russland angeblich nach Wegen suche, Giftsubstanzen für Morde einzusetzen und dabei ehemalige Geheimdienstagenten als potenzielle Zielscheiben betrachte, heißt es in der Erklärung. Zuvor war bekannt geworden, dass die Experten des britischen Chemielabors Porton Down die Herkunft des Nervengiftes, mit dem der russisch-britische Ex-Doppelagent Sergej Skripal vergiftet wurde, nicht nachweisen konnten. Das teilte Laborchef Gary Aitkenhead dem TV-Sender Sky News am Dienstag mit.

„Wir haben den genauen Ursprung nicht festgestellt. Wir haben aber die wissenschaftlichen Angaben an die Regierung weitergegeben, die dann viele andere Quellen genutzt hat, um zu entsprechenden Schlussfolgerungen zu kommen“, sagte Aitkenhead.